

Wien, Freitag, den 25. Juni 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 25. Juni 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Ohne Wortmeldung wird eine Reihe von Anträgen angenommen. Darunter der Antrag des Gemeinderats Fischer, dem Brauhaus der Stadt Wien zur Anschaffung von Grossgärbottichen einen Kredit von 210.000 Schilling zu bewilligen, der Antrag des Gemeinderates Hies auf nachträgliche Genehmigung einer Subvention von 34.550 Schilling (1000 Pfund Sterling), die der Bürgermeister für die englischen Bergarbeiterkinder anordnete, der Antrag des Gemeinderates Michal auf einen Sachkredit von 600.000 Schilling zur Beschaffung von 9000 Gasmaschin; die Anträge des Gemeinderates Thaller auf folgende Subventionen: 500 Schilling für einen Ehrenpreis für die Frühjahrsausstellung für die Kunstgemeinschaft und 600 Schilling als Subvention für die Kunstgemeinschaft, 400 Schilling dem österreichischen Arbeiterschachbund. Die Anträge des Gemeinderates Pokorny auf Ankauf eines Hauses auf der Landstrasse, des Gemeinderates Lötsch auf Ankauf eines Hauses auf dem Alsergrund und einiger Liegenschaften in Ottakring, der Antrag des Gemeinderates Schütz auf einige Abänderungen von Baulinien und Festsetzungen des Generalregulierungsplanes. Schliesslich ein Kredit von 56.000 Schilling für Strassenwalzen auf Antrag des Stadtrates Siegel, des Antrages des Gemeinderates Witzmann auf Ankauf eines Hauses in Rudolfsheim, Fünfhaus und Breitensee. Endlich die Anträge der Gemeinderäte Lötsch und Pokorny auf Ankauf von zwei Liegenschaften auf dem Alsergrund, einer Liegenschaft in Döbling, einer auf der Landstrasse und zweier Liegenschaften in Ottakring.

G.R. Jenschik beantragt, für die Instandsetzung des Turmes des städtischen Amtshauses in Währing, Martinstrasse 100, einen Kostenbetrag von 14.500 Schilling zu bewilligen. Der Turm ist seit 37 Jahren nicht repariert worden und sehr schadhaft.

G.R. Holaubek (chr. soz.) verlangt neuerlich die Überlassung eines Amtsraumes für den christlichsozialen Bezirksvorsteher.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Linder (soz. dem.) berichtet über die Errichtung einer Glasgleichrichterstation im Kellerraum der Schule III., Strohgasse 15 zur Umformung von 5000 Volt Drehstrom in 440 Volt Gleichstrom. Auf die Dauer von 25 Jahren soll dieser Kellerraum gegen einen jährlichen Anerkennungs zins der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke überlassen werden.

G.R. Haidler (chr. soz.) wendet sich nicht gegen das Meritum des Antrages, sondern weist nur auf die vielfachen Unglücksfälle hin die sich in den letzten Monaten in den städtischen Werken immer wiederholen. Es wäre die Aufgabe der Verwaltung, alles daran zu setzen und solche Katastrophen zu vermeiden. Von dem letzten grässlichen Unglück wurde in diesem Saale keinerlei Bericht erstattet, es fällt Ihnen gar nicht ein, darüber ausführlich zu berichten, Sie gehen über solche Dinge hinweg und einfach zur Tagesordnung über. Sie sind sich Ihrer Verpflichtungen nicht bewusst. Redner zitiert aus der Roten Fahne, dass der schwerverletzte Arbeiter eine 55stündige Arbeitszeit hinter sich hatte. Diese rücksichtslose Ausbeutung durch die Gemeinde ist hier endlich einmal festgehalten. Auch der behandelnde Professor Dr. Jäglinek erklärte, man müsse auf die Gemeinde einwirken, damit sich solche Unglücksfälle nicht mehr wiederholen. Bei dem letzten Eisenbahnunfall in Simmering schrieen Ihre Blätter, besonders der Abend,

von einem Mordsystem; Da selbe Mordsystem findet sich in den städtischen Unternehmungen vor, aber da wird kein Wort darüber geschrieben. Sie durchbrechen schamlos den Achtstundentag, Sie setzen Leben und Gesundheit der städtischen Arbeiter und Angestellten schamlos aufs Spiel und wir werden nicht ruhen und Rasten, bis eine vernünftige Politik und die strenge Einhaltung der 48 Stunden Woche die Sicherheit von Leben und Gesundheit der Angestellten gewährleistet.

G.R. Linder (soz. dem.) erklärt im Schlusswort, dass es ihm nicht gegeben sei, Unglücksfälle politisch auszunützen. Die Sache wird derzeit noch untersucht und im Untersuchungsausschuss wird Näheres mitgeteilt werden.

Unter Widerspruch der Minderheit wird der Antrag hierauf angenommen.

G.R. Schütz (soz. dem.) berichtet über die Aufhebung des Parkschutzgebietes bei der Errichtung eines Trafikkioskes in der Allee vor dem Hause Universitätsstrasse 3.

St.R. Kunschak (chr. soz.) wendet sich dagegen und fragt an, ob nicht durch die Hütte die Allee und der Zustand der Bäume in Mitleidenschaft gezogen wird. Bei der Universität ist ein grosser Trafikkiosk, bei der Reichratsstrasse wieder einer und vor der Nationalbank die Trafikhütte. Er fragt weiters an, wo die Hütte vor der Nationalbank eigentlich hinkommt. Ursprünglich sollte der Platz vor der Nationalbank eine Parkanlage werden. Man hat dorthin das älteste Erdreich aufgeworfen, allerlei Grassamen angebaut. Die Rasenfläche ist ganz scheckig und die ganze Anlage ist eine Musteranlage aller in Oesterreich vorkommenden Grasarten. Man hat die Gehsteigherriichtung angefangen und dann hat man die ganze Geschichte wieder stehen gelassen. Für die Gemeinde Wien ist der Platz keine Empfehlung, es ist eine Schande was man sich dort geleistet hat. Er ersucht um Aufklärung wohin die Hütte eigentlich kommt.

Der Referant erwidert, dass bei der Aufstellung der Hütte auf die Alleebäume die grösste Rücksicht genommen wird. Die Ausschmückung des Platzes vor der Nationalbank, der Eigentum der Nationalbank ist, obliegt der Nationalbank. Hierauf wird der Antrag angenommen.

G.R. Lötsch (soz. dem.) beantragt den Ankauf des Hauses III., Baumgasse 47 den Kaufpreis von 30.000 Schilling.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) spricht sich gegen den Antrag aus und erklärt: Die Christlichsozialen haben schon in der letzten Sitzung gegen den Wahl- und planlosen Ankauf/aus Steuerermittel protestiert. Wir halten es für unverantwortlich in der Wirtschaftskrise die Steuerschraube anzuziehen, um Häuser zu kaufen. Diese Käufe sind unmeralische Geschäfte, da die Gemeinde Wien dabei mit der Not der armen Hausbesitzer spekuliert. Redner wendet sich auch gegen die Leibrentenverträge und führt weiters aus, dass der damalige Referent nicht in der Lage war, die Einwendungen der Christlichsozialen zu entkräftigen. Was zahlen Sie eigentlich den Leuten für die Realitäten? Sie kaufen die Häuser und Realitäten um den 3500fachen, 2500fachen, 1774fachen, 1234fachen und 1632fachen Wert. Damit schliessen Sie wie die Handeljuden die Geschäfte ab. Gerade die ärmsten Hausbesitzer bekommen das Wenigste. Es ist ein aufgelegter Skandal, die notleidenden Hausbesitzer so schamlos auszubeuten. Ihre Devise ist: Wo es Schwächere gibt, immer auf Seite der Stärkeren. Wenn auch die Leute zu Ihnen kommen und Sie ersuchen, ihnen die Häuser abzukaufen, halten wir die Käufe für Wucher. Die Novellierung des Mietschutzgesetzes schieben Sie immer mehr hinaus, damit Sie noch mehr Häuser kaufen können. Der Herr Breitner hat einen so grossen Magen, dass er ganz Wien vertragen kann. Ihr Ziel ist die Verproletarisierung des bodenständigen, schaffenden Bürgertums. Auf diesen Weg können wir Ihnen nicht folgen.



In seinem Schlusswort bemerkt Gemeinderat Lötsch, dass es für die Gemeinde Wien eine unbedingte Notwendigkeit sei, ihre Wohnbautätigkeit fortzusetzen. Deshalb muss sie auch die Realitätenankäufe durchführen. Die gekauften Objekte befinden sich meistens schon in einem befalligen Zustand und müssen abgetragen werden, um neuen Objekten Platz zu schaffen. Auch das Haus in der Baumgasse wird in der allernächsten Zeit abgetragen werden. Man kann für ein Objekt, das sich in einem schlechten Zustand befindet, nicht den Preis zahlen wie für ein guterhaltenes Objekt. Die Eigentümerin selbst hat sich an die Gemeinde Wien gewendet, damit diese ihr das Haus abkauft. Soll das alles, was in der Kriegszeit versäumt wurde, nachgeholt werden, müssen die Häuser - und Grundkäufe - durchgeführt werden.

So kann wird der Antrag angenommen.

St.R. Speiser beantragt die Genehmigung eines Zuschusskredites von 10.553 Schilling zur Deckung des Mehrerfordernisses der Bezüge und Aufwandgebühren für die Beamten des städtischen Gartenwesens.

G.R. Ujreich (chr. soz.) bespricht die Ausschmückung eines Teiles der Rasenflächen auf der Ringstrasse mit Blumen. Die Art der Ausschmückung müsse man als geschmacklos bezeichnen.

St.R. Speiser erwidert, dass es sich hier um einen Versuch handelt. Anlässlich der Studienreise des Städtbaudirektors in Amerika wurde uns berichtet, dass in amerikanischen Städten mit dieser Art der Ausschmückung der Baumscheiben gute Erfahrungen gemacht worden sind. Es ist auch nur ein Teil der Rasenflächen mit Blumenschmuck versehen worden und wenn sich der Versuch nicht bewähren sollte, wird man davon abkommen.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Speiser beantragt ferner die Genehmigung eines Kredites von 80.000 Schilling für Abfertigungen an Angestellte. Die Gemeindeverwaltung ist in der letzten Zeit etwas liberaler bei den Abfertigungen vorgegangen und ausserdem ist auch die Zahl der abgefertigten Personen stark gestiegen.

G.R. Doppner (chr. soz.) bemängelt, dass aus der Vorlage über diese Abfertigungen eigentlich nichts zu ersehen ist. Es zeigt sich, dass sehr viele Leute aus dem städtischen Dienst ausgeschieden werden, weshalb die Befürchtung nahe liegt, dass es sich hier um eine Abbaubewegung handelt. Darüber muss die Minderheit genaue Auskunft erhalten. Schliesslich wünscht der Redner Aufklärung über die Gehaltsbewegung der städtischen Angestellten, da abermals Gerüchte über ein Ultimatum verbreitet sind.

St.R. Speiser erwidert, dass bei 26.000 Verwaltungsangestellten gewisse Veränderungen sich nicht voraussehen lassen. Daher ist auch die Zahl der abgefertigten Angestellten bei der Erstellung des Voranschlages zu niedrig angesetzt worden, was mit der liberaleren Handhabung dazu führte, dass der heutige Kredit notwendig ist. Von einer Abbaubewegung im Sinne der Herabsetzung der Zahl der Bediensteten kann natürlich nicht gesprochen werden. Die Verhandlungen über die Forderungen der städtischen Angestellten dauern derzeit noch an. Ein abschliessendes Urteil über diese Verhandlungen kann heute noch nicht abgegeben werden, doch könne von einem Ultimatum keine Rede sein.

Der Zuschusskredit wird genehmigt.

St.R. Professor Dr. Tandler berichtet über das Ergebnis des zu Weihnachten 1925 abgehaltenen Sammeltages. Es sind rund 184.000 Schilling erzielt worden, gegenüber 158.000 Schilling im Jahre 1924. Der Referent ersucht die im Einvernehmen mit den Fürsorgeinstituten vorgenommene Aufteilung des Sammelergebnisses auf die einzelnen Bezirke zu genehmigen.

St.R. Kunschek meint, dass diese Sammelstage eine Einrichtung sind, die aus einer Zeit übernommen wurden, in der die Stadt Wien selbst arm war. Damals konnten keine anderen Mittel und Wege gefunden werden um auf andere Weise den Armen zu helfen. Das ist jetzt wesentlich anders geworden. Die Stadt Wien gehört heute zu den reichsten Städten. Wäre das nicht bei den verschiedensten Gelegenheiten von den Vertretern der Mehrheit rühmend hinausposaunt worden, so wüsste man es auch aus den Rechnungsabschlüssen. Die Gemeinde hat heute die Fürsorgeabgabe. Es ist darauf hingewiesen worden, dass der Ertrag dieser Steuer die Ausgaben für Fürsorgezwecke nicht decke. Das mag früher einmal richtig gewesen sein, heute trifft es nicht mehr zu. Die Gemeinde, der so reiche Mittel zur Verfügung stehen, sollte also selbst für die Armen mehr leisten. Statt dessen sehen wir, dass seit geraumer Zeit abgeblasen wird. Weisung auf Weisung ergeht an die Aemter, die mit der Fürsorge zu tun haben, dass gespart werden muss. Der Mittel dazu gibt es verschiedene und ich glaube gern, dass viele davon den Beifall des amtsführenden Stadtrates nicht finden. Der Umfang der Arbeitslosigkeit wird immer grösser. Die Gemeinde hat im vergangenen Jahr zehn Milliarden für ausserordentliche Unterstützungen an Arbeitslose bewilligt, aber die Art wie damit gewirtschaftet wurde hat meinen Beifall nicht für sich. Die Summe war für den Winter 1924/25 bestimmt, aber bis in das Jahr 1926 hinein ist man damit ausgekommen. Dabei lässt die Partei des Herrn Stadtrates alle Register spielen um der Welt zu zeigen, welches Mitleid sie mit den Arbeitslosen hat. In der Gemeinde aber werden Massnahmen gegen die Arbeitslosen ergriffen, die man als Skandal bezeichnen muss. Man hat immer kinderreichen Arbeitslosen aus Gemeindemitteln Zuschüsse gegeben. Den gegenwärtigen Drange nach Sparsamkeit entspringen aber eine Reihe von Erlässen, die auch hier Veränderungen hervorrufen sollen. Ein Erlass des Fürsorgeinstitutsvorstehers von Hietzing setzt fest, dass kinderreiche Arbeitslose, die mit dem Kinderzuschuss der Gemeinde und mit der Arbeitslosenunterstützung auf ein Einkommen von 120 Schilling monatlich heranreichen, von der Gemeinde nichts mehr bekommen sollen, weil dies bereits das Einkommen eines Hilfsarbeiters ist. Es heisst in diesem Erlass, dass dann die Versuchung besteht lieber von der Unterstützung zu leben, als vom Ertrag einer Arbeit. Das ist das Urteil des sozialdemokratischen Fürsorgeinstitutsvorstehers von Hietzing, der auch in diesem Erlass eine Abstufung der Kinderzuschüsse für Arbeitslose anordnet. Bei zwei Kindern soll überhaupt kein Zuschuss gewährt werden.

G.R. Haider (chr. soz.): Das macht die reiche Gemeinde Wien!

G.R. Kunschek wünscht, dass der amtsführende Stadtrat im Gemeinderat über diese Dinge, die ähnlich auch in Ottakring vorgekommen sind, erschöpfenden Aufschluss gebe. Gestern ereignete sich folgender Fall: Eine Arbeitslose und obdachlose Hausgehilfin kam zu mir, weil man ihr sagte, ich könne ihr helfen. Wenn sich diese Dinge immer wiederholen, wäre ich schliesslich gezwungen, eine öffentliche Erklärung abzugeben, dass ich nicht die Agenden des Fürsorgeinstitutes der Gemeinde Wien führe, und dass sich die Bedürftigen direkt an Herrn Stadtrat Tandler wenden sollen. Der mit der Anweisung an das Fürsorgeinstitut Gewiesene kommt dorthin und hofft etwas zu bekommen. Dort bedeutet man ihm aber, dass er weitergehen soll. Das ist eine Methode für die es keine Beschönigung gibt. Wenn man nicht geben kann so soll man nicht die Leute zum Narren halten mit der Anweisung. Man reitet Attacken gegen die Armen in einem Zeitpunkt wo das Elend immer grösser wird. Dieser Zustand ist wirklich ein öffentlicher Skandal. Er ist ein Verwaltungsskandal schlimmster Art. Diese Dinge spielen sich namentlich in den sozialdemokratisch verwalteten Bezirken ab. Es ist tief bedauerlich, welcher Geist sich im Wirkungskreis des Herrn Stadtrates Tandler eingenistet hat. Auf der einen Seite wird mit den Gemeindemitteln ge-



spart und dann hört man im Zusammenhang mit dem Sprak im Rathauskeller, wie im Rathaus in jeder Woche fast zwei grosse Festessen stattfinden, an denen einige hundert Personen teilnehmen. Man muss sich nur erinnern, was es früher geheissen hat, und wie Sie sich dazugestellt haben. Die Leute haben es nicht vergessen, welche Meinung man ihnen man seinerzeit von einer solche Veranstaltung beigebracht hat. Sie rechnen eben mit der Gedankenlosigkeit und der Denkfaulheit der Menschen oder Sie fühlen, dass Sie die Macht in den Händen haben und tun können was sie wollen. Ich habe das Wort ergriffen, weil hier vor aller Oeffentlichkeit an das Gewissen eines Mannes appelliert werden muss, der schon wiederholt bewiesen hat, dass er einer gewissen Kritik zugänglich ist und den Mut hat Misstände abzustellen. Ich erhebe hier mein Wort als Abwalt der Asmen und hoffe, Ihre Unterstützung zu finden.

St.R. Professor Dr. Tandler erklärt, dass der Sammeltag an Stelle der vielfachen Sammlungen vor dem Kriege getreten sei. Ueber das Sammeln selbst könne man verschiedener Meinung sein, es lassen sich für und wider das Sammeln verschiedene Argumente vorbringen. Die Hauptbeschwerden des Herrn Stadtrates Kunschak betreffen teils rein technische Durchführungen und in der Darstellung, wie die Arbeitslosenhilfe durchgeführt wurde, im Jahre 1925 sind einige Fehler unterlaufen. Beim Budget für das Jahr 1924 wurde ein Betrag von zehn Milliarden sichergestellt damit Arbeitslosen eine Hilfe gewährt werden kann über den Rahmen der normalen Arbeitslosenunterstützung hinaus. Diese Vereinbarungen wurden mit den verschiedenen Gewerkschaften getroffen und eine einmalige Unterstützung festgelegt. Im Winter 1925 wurde von diesennzehn Milliarden eine ziemlich grosse Summe ausgegeben, viel weniger aber im Sommer verwendet. Also eine neue Welle der Arbeitslosigkeit hereinbrach wurden neuerlich Beträge ausgezahlt und mit Ende Dezember war die Summe erschöpft und es wurde nichts in das Jahr 1926 hinübergewonnen. Für das Jahr 1926 wurde ebenfalls ein Betrag von zehn Milliarden gewidmet. Eine kleine Modifikation fand statt, in dem an Stelle des Geldes für gewisse Arbeitslose eine Kleideraushilfe trat. Für die zweite Hälfte 1926 ist ebenfalls ein Betrag sichergestellt, von einem Hinübernehmen aus dem Jahr 1925 in das Jahr 1926 kann natürlich keine Rede sein.

Ueber die Form der Arbeitslosenunterstützung überhaupt ist auch noch einiges zu sagen. Wir nehmen an, dass in den ersten Wochen der Arbeitslose noch nicht so schlecht daran ist wie später und wir haben Interesse, wie es auch das einzig richtige ist, uns über die individuellen Verhältnisse zu informieren. Eine Schablone passt eben für Fürsorge nicht. Es müssen Fürsorgerische Momente dazu kommen, die wir auch hineinzutragen suchen. So nehmen wir uns der Kinder an und wenn ich demnächst einen grösseren Zuschusskredit für die Ausspeisung ansprechen muss, so ist dies auch eine Form von Arbeitslosenunterstützung, die wir als solche deklarieren könnten. Es ist natürlich auch verschieden, wie sich die Menschen zu solchen Problemen einstellen.

Im Falle kann ich erklären, dass das Schriftstück sofort zurückgezogen wurde, als ich davon hörte, weil ich voraussah, dass daraus Missverständnisse entstehen können. Tatsächliches ist niemals als amtliches Schriftstück hinausgegangen. (Stadtrat Kunschak: Wo hätte ich es denn her?) Das kann ich sehr gut sagen: Sie haben von einem Fürsorgesektionsobmann eine Abschrift bekommen. Nun wurde aber das Schriftstück zurückgezogen. Die Abschrift ist aber mangelhaft gewesen.

Ich habe

das Original in Händen, und da heisst es anders als in der Abschrift des Herrn Stadtrates Kunschak! Ich muss schon bitten, dass solche Abschriften vorher legalisiert werden, bevor man sie gebraucht. Es ist nämlich dort ein Passus enthalten, der davon handelt, dass eine Pflegebeitrag nur mehr den Ausgesteuerten zukommt! Beim Lesen solcher Schriftstücke kommt es häufig vor, dass sie anders aufgefasst werden

Ich habe hier vor mir eine Statistik liegen, die die Pflegebeiträge der letzten Monate darstellt. So wurden Ende Dezember 1925 13.949 Kinder, am 31. Jänner 1926 14.091, am 28. Februar 1926 15.048, am 31. März 1926 15.652 und am 30. April 15.945 Kinder verzeichnet. Aus dieser Aufstellung ersehen Sie, eine deutliche Offenbarung der chronischen Arbeitslosigkeit. Auch für die Pfründen werde ich demnächst grössere Zuschusskredite in Anspruch nehmen müssen. Ich sehe sorgenvoll in die Zukunft, ich muss aber bei aller Schonung des Alters auch stark die Interessen der heranwachsenden Jugend vertreten, denn wie sollen diese jungen Menschen einmal alt werden.

Der Referent bringt dann die Bedrohung von Fürsorgeräten und Fürsorgebeamten zur Sprache. Das Steigen des Geldes verfeinert nicht die Sitten deren, die Hilfe verlangen. Ich behalte mir vor, den Fall von Ottakring nochmals zu prüfen und bei Gelegenheit darüber zu referieren. Wir bemühen uns dieser furchtbaren Not Hebr zu werden. Unsere Amtsführung hat gezeigt, dass wir uns bemühen den Hilfebedürftigen soviel wie möglich entgegenzukommen. Ich glaube, dass ich keinen Anlass habe mich des Geistes zu schämen, der in unserer Fürsorge herrscht. (Beifall bei der Mehrheit)

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

Stadtrat Professor Tandler beantragt die Genehmigung der Zuschusskredite von 95.000 Schilling für die Hauswerkstätten im Versorgungsbereich Lainz.

G.R. Panosch (chr. soz.) erklärt, dass die Auffassung der Zentralwerkstätte in Lainz eine Umgestaltung in das alte System sei. Er fragt den Referenten warum man damals die Zentralwerkstätten geschaffen hat und warum sie jetzt wieder in die Hauswerkstätten umgewandelt werden.

St.R. Prof. Tandler erwidert, dass sich das System nicht bewährt hat. Der Antrag die Zentralwerkstätten aufzulassen, wurde schon vor langer Zeit im Gemeinderat beschlossen und der heutige Antrag ist nur eine Auswirkung dieses Beschlusses.

Der Antrag wird angenommen und Vizebürgermeister Hoss schliesst die Sitzung um 8 Uhr abends.

--- --